

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- [EuGH-Urteil zur Umverteilung von Flüchtlingen: Klagen abgewiesen](#) 2

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- [Umweltausschuss fordert im Vorfeld der UN-Klimakonferenz Verschärfung der EU-Klimaziele](#) 3
- [Gemeinsames Statement des Parlamentspräsidenten und des Brexit-Koordinators](#) 3
- [Umweltausschuss nimmt Stellungnahme zur Neufassung der Energieeffizienz-Richtlinie an](#) 4
- [Parlament unterstützt kostenloses öffentliches WLAN für alle](#) 4

Europäische Kommission

- [Verbraucherschutzbehörden und Europäische Kommission fordern Volkswagen auf, die Reparatur aller vom Abgasskandal betroffenen Pkw abzuschließen](#) 5
- [Europäische Kommission billigte mehrere Fortschrittsberichte zur Migration](#) 5
- [Sicherheitsunion: Prioritäten für 2017 umgesetzt](#) 6

Sonstiges

- [BIP im Euroraum um 0,6 % und in der EU28 um 0,7 % gestiegen](#) 7
- [Studie: CO2-Ausstoß 2050 halb so hoch wie heute](#) 7
- [Zukunft der Union: EU-BürgerInnen wollen, dass die Europäische Union in Schlüsselbereichen noch stärker tätig wird](#) 8

In eigener Sache

- [Besuche der Gewerkschaftsschule Tirol aus den Bezirken Reutte und Imst](#) 9

Ihre Stimme in Europa

- [Laufende Konsultationen](#) 10

Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

Tagesordnungen der Institutionen

Impressum und Abbildungsverzeichnis

11
12
12

Vertretung der Europaregion
Tirol-Südtirol-Trentino
bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

EuGH-Urteil zur Umverteilung von Flüchtlingen: Klagen abgewiesen

Der Europäische Gerichtshof hat am 6. September den Beschluss des Rates von 2015 zur Umverteilung von Flüchtlingen bestätigt und die Klagen der Slowakei und Ungarns abgewiesen. Die Kommission begrüßte dieses Urteil.



Als Reaktion auf die Flüchtlingskrise erließ der Rat der Europäischen Union im September 2015 einen Beschluss, um Italien und Griechenland bei der Bewältigung des massiven Zustroms von MigrantInnen zu unterstützen. Der Beschluss sieht vor, dass 120.000 Personen, die unzweifelhaft internationalen Schutz benötigen, über einen Zeitraum von zwei Jahren aus diesen beiden Mitgliedstaaten in die anderen Mitgliedstaaten der Union umgesiedelt werden.

Die Slowakei und Ungarn beantragten beim Gerichtshof, den Beschluss für nichtig zu erklären. Polen trat dem Rechtsstreit zur Unterstützung der beiden klagenden Staaten bei. Sie brachten u.a. vor, dass der Erlass des Beschlusses keine geeignete Reaktion auf die Flüchtlingskrise sei.

Der EuGH hat diesem Vorbringen nicht Folge geleistet und die Klagen in vollem Umfang abgewiesen. Er stellte dabei insbesondere fest, dass der Beschluss nicht offensichtlich

ungeeignet ist, um Griechenland und Italien bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise zu unterstützen.

Mit dem Umverteilungsmechanismus wurden bis jetzt 27.695 Personen aus Griechenland und Italien umverteilt. Etwa 2.800 Menschen warten in Griechenland noch auf ihre Verteilung, in Italien kommen täglich neue Menschen hinzu. Die Kommission forderte die Staaten deshalb auf, Überstellungen im Zuge der Umverteilung zu beschleunigen und ausreichende Zusagen für alle in Betracht kommenden Personen zu machen. Bis jetzt haben nur Malta und Lettland alle ihnen zugewiesenen MigrantInnen aus Griechenland umverteilt. Der Beschluss gilt noch für alle bis zum 26. September 2017 in Griechenland oder Italien ankommenden Personen, die unzweifelhaft internationalen Schutz benötigen.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Umweltausschuss fordert im Vorfeld der UN-Klimakonferenz Verschärfung der EU-Klimaziele

Im Vorfeld der UN-Klimakonferenz im November hat der Umweltausschuss des Europaparlaments eine Reihe von Empfehlungen an EU-Institutionen und Mitgliedstaaten beschlossen. Er rief die EU-Spitzen dazu auf, den Klimavertrag in EU-Recht umzusetzen.

Der Umweltausschuss forderte insbesondere, die EU-Klimaziele zu verschärfen. So soll die Kommission bis 2018 eine Null-Emissions-Strategie für 2050 entwickeln. Das Ziel ist, den Temperaturanstieg unter 2 Grad zu halten und ein Ziel von 1,5 Grad anzupeilen. Die MEPs forderten zudem ein Bekenntnis, ausreichend Finanzmittel für den Klimaschutz zur Verfügung zu stellen und Investitionen in fossile Energie einzustellen. Sie bestärkten die Kommission darin, das Emissionshandelssystem der EU auszubauen und mit anderen Kohlenstoffmärkten zu verbinden. Über den Entwurf des Ausschusses wird Anfang

November im Plenum abgestimmt.

Die UN-Klimakonferenz wird vom 6. bis 17. November 2017 unter Vorsitz von Fidschi in Bonn stattfinden. Das Ziel ist, Klarheit über die Gestaltung des Vermittlungsdialogs 2018 zu erreichen, der darauf abzielen wird, die Bemühungen der Regierungen auf ein langfristiges Ziel zu bündeln. Eine Delegation des Europaparlaments wird der Konferenz beiwohnen.

[Mehr Informationen](#)

Gemeinsames Statement des Parlamentspräsidenten und des Brexit-Koordinators

Die Konferenz der Präsidenten des Europäischen Parlaments hat am 7. September den aktuellen Status der Brexit-Verhandlungen gemeinsam mit dem Brexit-Koordinator des EP, Guy Verhofstadt, diskutiert.

Dabei wurde insbesondere über mögliche Verzögerungen der Phase 2 geredet. Eine Mehrheit der Vorsitzenden der Fraktionen war der Auffassung, dass angesichts mangelnder bzw. nicht klarer Vorschläge Großbritanniens ein Fortschritt der Verhandlungen bis zum Ratstreffen im Oktober unwahrscheinlich sei. Die Konferenz kam außerdem überein, dass das Parlament Anfang Oktober eine Resolution über die Rechte der EU-Bürger und der Briten nach dem Brexit verabschieden wird. Diese soll auch die Nordirland-Frage sowie finanzielle Fragen umfassen.

Parlamentspräsident Tajani geht nach aktuellem Stand nicht davon aus, dass die Verhandlungen bis Oktober weit genug fortgeschritten sein werden, um in Phase 2 der Verhandlungen eintreten zu können.

[Mehr Informationen](#)



Umweltausschuss nimmt Stellungnahme zur Neufassung der Energieeffizienz-Richtlinie an

Die Mitglieder des mitberatenden Umweltausschusses haben am 7. September eine Stellungnahme zur Neufassung der Energieeffizienz-Richtlinie ab 2021 angenommen. Bis 2030 sollen die EU und ihre Mitgliedstaaten mindestens 40 % Endenergie einsparen.

Die Verpflichtung, jährlich mindestens 1,5 % Endenergie einzusparen, soll bestehen bleiben, wenn nötig auch über das Jahr 2030 hinaus. Außerdem sollen Ausnahmeregelungen, die sich Mitgliedstaaten bisher anrechnen lassen können, um ihre Effizienzbilanzen zu schönen, künftig nicht mehr gelten. So soll beispielsweise der Verkehrssektor zukünftig nicht mehr ausgeklammert werden dürfen.

Federführend ist bei dem Thema allerdings der Industrieausschuss. Dessen

Berichterstatter Adam Gierik wies die Forderung des Umweltausschusses nach einer Anhebung des Effizienzziels auf 40 % als „sehr ambitioniert“ und „unrealistisch“ zurück. Er schlägt ein Energieeinsparziel von 35 % vor. Auch will er den Schwerpunkt vom End- auf den Primärenergieverbrauch verschieben.

[Mehr Informationen](#)

Parlament unterstützt kostenloses öffentliches WLAN für alle

Das Europäische Parlament hat am 12. September seine Zustimmung zu einem Finanzierungsrahmen zur Schaffung lokaler drahtloser Internetzugangspunkte gegeben. Der Schutz der personenbezogenen Daten soll dabei gewahrt werden.

Die verfügbaren Mittel sollen zwischen den Mitgliedstaaten ausgewogen verteilt werden. Insgesamt sollen auf diese Weise 6000 Zugangspunkte in der gesamten Union geschaffen werden, z.B. in Bibliotheken, Ämtern und Krankenhäusern.

Um Förderungen zu bekommen, müssen öffentliche Stellen die Betriebskosten für mindestens drei Jahre übernehmen und eine freie, leicht zugängliche und sichere Anbindung bieten. Werbung und

Übermittlung persönlicher Daten für gewerbliche Zwecke sind nicht gestattet. Die EU-Finanzmittel können auch nicht für Vorhaben genutzt werden, die sich mit bereits existierenden ähnlichen kostenlosen in demselben Gebiet überschneiden.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Verbraucherschutzbehörden und Europäische Kommission fordern Volkswagen auf, die Reparatur aller vom Abgasskandal betroffenen Pkw abzuschließen

EU-Verbraucherschutzbehörden und die EU-Kommission haben am 7. September ein gemeinsames Schreiben an den Vorstandsvorsitzenden von Volkswagen gerichtet. Sie forderten ihn auf, dafür zu sorgen, dass der VW-Konzern schnellstmöglich alle vom Dieselskandal betroffenen Fahrzeuge repariert.

Die EU-VerbraucherInnenenschutzbehörden wollen mit diesem Vorgehen erreichen, dass der VW-Konzern bei der Abgasaffäre die VerbraucherInnenrechte wahrt und proaktiv handelt. Viele der betroffenen Fahrzeuge sind nach wie vor nicht repariert worden, obwohl sich VW 2016 verpflichtet hat, alle Fahrzeuge bis Herbst 2017 zu reparieren.

Die VerbraucherInnenenschutzbehörden fordern nun Transparenz darüber, was bereits erledigt ist und was noch zu tun bleibt. Volkswagen soll die VerbraucherInnen umfassend informieren und die

Werkstätten bei der Reparatur unterstützen. Außerdem wollen die Behörden eine Verlängerung der Reparaturfrist für VW-KundInnen.

VW muss innerhalb eines Monats auf das Schreiben antworten und in einen Dialog auf europäischer Ebene eintreten. Wenn Volkswagen nicht auf diesen gemeinsamen Standpunkt reagiert oder keine Einigung erzielt wird, kann jeder Mitgliedstaat für sich über das weitere Vorgehen entscheiden.

[Mehr Informationen](#)

Europäische Kommission billigte mehrere Fortschrittsberichte zur Migration

Die Kommission hat am 6. September vier Fortschrittsberichte zur Migration angenommen. Sie ruft darin alle Beteiligten auf, bei der Steuerung der irregulären Migrationsströme den bisherigen erfolgreichen Kurs fortzusetzen und die eigenen Anstrengungen zu intensivieren.

Außerdem soll der Schutz der EU-Außengrenzen verstärkt und unter Migrationsdruck stehende Mitgliedstaaten unterstützt werden.

Die Kommission bestätigte außerdem eine deutliche Beschleunigung der Umverteilung und stellte fest, dass bei der im Juli 2015 angenommenen Neuansiedlungsregelung der EU das Ziel fast erreicht wurde. Zudem verharre auch die Zahl irregulärer Einreisen nach Griechenland weiterhin auf einem niedrigen Stand.

Die Kommission sieht den Grund darin in der Erklärung EU-Türkei. Inhalt der Berichte sind außerdem die Neuansiedlung von 10.000 SyrerInnen in der EU, der Rückgang der Grenzübertritte und Todesopfer auf der zentralen Mittelmeerroute. Zudem sei die europäische Grenz- und Küstenwache mittlerweile voll einsatzfähig.

[Mehr Informationen](#)



Sicherheitsunion: Prioritäten für 2017 umgesetzt

Die Europäische Kommission hat am 7. September über die seit der Rede von Präsident Juncker zur Lage der Union im September 2016 ergriffenen Maßnahmen berichtet. Diese betreffen die Verbesserung der Sicherheit an den Außengrenzen und des Informationsaustauschs zwischen den Mitgliedstaaten, die Eindämmung terroristischer Aktivitäten und die Vorbeugung von Radikalisierung.

Die Kommission hat demnach alle sicherheitspolitischen Prioritäten aufgegriffen und umgesetzt. Damit hat die Kommission die Mitgliedstaaten im vergangenen Jahr vor allem in Bezug auf die Bekämpfung des Terrorismus und der organisierten Kriminalität unterstützt. Dies erfolgte insbesondere durch mehr Sicherheit an den Außengrenzen und die Verbesserung des Informationsaustausches.

Durch die Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus und die Verschärfung von Rechtsakten zu Feuerwaffen und Sprengstoffen wurde außerdem das Operationsfeld von Terroristen eingeschränkt. Im Fokus der Kommission steht zudem die

Radikalisierungsprävention. Dies geschieht über verstärkte Zusammenarbeit mit Internet-Unternehmen über das EU-Internetforum sowie ein Programm zur Stärkung der Zivilgesellschaft. Relevant sind auch noch die Meldestelle für Internet-Inhalte sowie das Aufklärungsnetz gegen Radikalisierung (RAN).

Der Bericht schildert zudem, wie die Arbeit in diesen Bereichen im kommenden Jahr fortgesetzt wird.

[Mehr Informationen](#)



Sonstiges

BIP im Euroraum um 0,6 % und in der EU28 um 0,7 % gestiegen

Das saisonbereinigte BIP ist im zweiten Quartal 2017 gegenüber dem Vorquartal im Euroraum um 0,6 % und in der EU28 um 0,7 % gestiegen. Dies geht aus einer Schätzung von Eurostat, dem statistischen Amt der Europäischen Union, hervor.

Im Vergleich zum zweiten Quartal des Vorjahres ist das eine Steigerung von 2,3 % im Euroraum und von 2,4 % in der EU 28.

Das größte Wachstum verzeichnete die Tschechische Republik mit 2,5 % vor Schweden und Rumänien. In Österreich ist die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal um 0,9 % gegenüber dem Vorquartal gewachsen, im Vergleich zum Vorjahr um 2,9 %.

Einen positiven Einfluss auf das BIP-Wachstum hatten vor allem die Konsumausgaben der privaten Haushalte, die Bruttoanlageinvestitionen und das Handelsbilanzsaldo.

[Mehr Informationen](#)

Studie: CO2-Ausstoß 2050 halb so hoch wie heute

Eine neue Studie des Unternehmens DNV GL, einem technischen Dienstleistungskonzern aus Norwegen, sagt bis zum Ende des Jahrhunderts einen globalen Temperaturanstieg von 2,5 Grad voraus. Ein solcher Anstieg würde zu schweren Folgen für die Umwelt und den Menschen führen.

Die Studie besagt einerseits, dass sich durch Elektrifizierung und E-Mobilität die Energieversorgung grundlegend verändern wird. Dadurch könnte alleine der CO₂-Ausstoß aus Energie bis 2050 um 50 % reduziert werden. Andererseits werden laut der Studie im Jahr 2050 ebenso 9,2 Milliarden Menschen auf der Erde leben und mindestens doppelt so viele Güter und Dienstleistungen wie heute produziert werden.

Trotz höherer Energieeffizienz gibt es also weder für die Klimapolitik noch für die

Umweltpolitik eine Entwarnung. Aufgrund von Ressourcenverbrauch und Verschmutzung führt die Steigerung der Produktion der Studie zufolge nämlich zu mehr Umweltproblemen.

[Mehr Informationen](#)



Zukunft der Union: EU-BürgerInnen wollen, dass die Europäische Union in Schlüsselbereichen noch stärker tätig wird

Die meisten EU-BürgerInnen wollen, dass die Europäische Union in 15 Schlüsselbereichen noch stärker tätig wird. Dies geht aus einer neuen Eurobarometer-Umfrage hervor.

Nach Ansicht der befragten EU-BürgerInnen soll die EU in verschiedenen Bereichen, von der Wirtschafts- bis zur Verteidigungspolitik, mehr Maßnahmen ergreifen. 74 % der TeilnehmerInnen meinen, dass die wichtigen Bereiche diejenigen sind, welche die BürgerInnen zusammenbringen und nicht jene, welche die BürgerInnen trennen. Die Wünsche der BürgerInnen nach mehr Integration in Schlüsselbereichen stoßen auf EU-Ebene durchaus auf Widerhall. Anfang Februar

hatten EU-Abgeordnete 3 Berichte verabschiedet, welche mögliche Reformen der EU aufzeigen, um deren Handlungsfähigkeit zu stärken. Diese betreffen Vorschläge zur Reform des Vertrags von Lissabon, zur Ausschöpfung des Potenzials des Vertrags von Lissabon sowie zur Angleichung und Schutz der Ökonomien der Eurozone.

[Mehr Informationen](#)



In eigener Sache



Besuche der Gewerkschaftsschule Tirol aus den Bezirken Reutte und Imst

Am 5. und am 7. September haben uns zwei Klassen der Gewerkschaftsschule Tirol in der Gemeinsamen Vertretung der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino besucht. Dr. Richard Seeber erzählte den Gruppen aus Imst und Reutte von der Arbeit der Vertretung. Außerdem gab es spannende Diskussionen zu aktuellen europäischen Themen wie Verkehrspolitik und Migration. Der nächste Besuch einer Gruppe der Gewerkschaftsschule steht Ende September an.





Ihre Stimme in Europa

Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

[Initiative zu Personalausweisen und Aufenthaltsdokumenten](#)

Unionsbürgerschaft und Freizügigkeit
12. September 2017 - 5. Dezember 2017

[Initiative zur Verbesserung der Lebensmittelversorgungskette](#)

Landwirtschaft, Unternehmen und Industrie, Verbraucherschutz
16. August 2017 - 17. November 2017

[Public consultation on the evaluation of the Batteries Directive](#)

Umwelt
6. September 2017 - 28. November 2017

[Öffentliche Konsultation zur Unterstützung der Evaluation der Europäischen Umweltagentur und des Europäischen Umweltinformations- und Umweltbeobachtungsnetzes](#)

Umwelt, Klimapolitik
17. Juli 2017 - 23. Oktober 2017

[Öffentliche Konsultation zum EU-Rückkehrerausweis \(EU ETD\)](#)

12. September 2017 - 5. Dezember 2017

[Evaluation des Europäischen Pilotprogramms zur Verifizierung von Umwelttechnologien](#)

Umwelt, Kreislaufwirtschaft
31. Juli 2017 - 10. November 2017



Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

Technologie und Umwelt

Erneuerbare Energien, Gebäude, Krankenhäuser	Horizon Prize – Low Carbon Energy Inducement Prizes 2016 - Low Carbon Hospital	03/04/2019	€ 1.000.000
Erneuerbare Energien, CO2-Emissionen, Forschung und Innovation	Horizon Prize – Low Carbon Energy Inducement Prizes 2016 - Photovoltaics Meets History	26/09/2018	€ 750.000
Saubere Motoren, Emission, Biokraftstoffe, Ingenieurwesen	Horizon Prize - Cleanest Engine of the Future	20/08/2019	€ 3.500.000
Umweltverschmutzung, Gesundheit, Innovation, Nachhaltigkeit	Horizon Prize - Materials for Clean Air	23/01/2018	€ 3.000.000
Technologische Entwicklung, Investitionen in der Frühphase, Neue und künftige Technologien	Fet Open - Novel Ideas for Radically New Technologies	27/09/2017	€ 113.800.000

Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)

[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu
Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:
Direktor Mag. Dr. Richard Seeber
Mag. Michael Mingler

Abbildungsverzeichnis

<http://www.zdnet.de/wp-content/uploads/2016/12/eugh-bau.jpg>

https://ec.europa.eu/germany/news/20170906-eugh-urteil_de